

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. R. Werner Schuster
MdB zum 27. Gipfel der
"Organisation für afri-
kanische Einheit"
(OAU): Ein Kontinent
versucht den Aufbruch
Seite 1

Christian Müller MdB
zur Brückenfunktion
des Projekts Europare-
gion "Neiße": Ein Mei-
lenstein für das zu-
sammenwachsende
Europa.

Seite 3

Hermann Haack MdB
zu den Auseinander-
setzungen über die
Pflegeversicherung:
Koalitions-Streit auf
dem Rücken der Hilfs-
bedürftigen (Teil II und
Schluß).

Seite 4

46. Jahrgang / 106

7. Juni 1991

Ein Kontinent versucht den Aufbruch

Zum 27. Gipfel der "Organisation für afrikanische Einheit" (OAU)

Von Dr. R. Werner Schuster MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Vom 3. bis 5. Juni hielt der größte regionale Staatenverband der Welt, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), ihre diesjährige Gipfelkonferenz in der neuen nigerischen Hauptstadt Abuja ab.

Diese Konferenz fand in einer Zeit wechselvoller Entwicklungen in Afrika statt. Zahlreiche Bürgerkriege und interne Konflikte, Hungersnöte, Flüchtlingsströme und ökonomischer Niedergang belasten viele Länder des afrikanischen Kontinents. Andererseits sind in letzter Zeit hoffnungsvolle Entwicklungen unübersehbar: Immer stärker anwachsende Demokratiebewegungen in vielen Staaten, der Sturz von Diktatoren wie in Liberia, aber auch der demokratische Machtwechsel wie in Benin; die Beendigung langjähriger Kriege (Angola und hoffentlich auch Äthiopien), die Hoffnung auf eine friedliche Beseitigung der Apartheid in Südafrika.

Herausragendes Ergebnis des 27. OAU-Gipfels ist der Abschluß eines Rahmenvertrages für die Schaffung einer gesamtkontinentalen Wirtschaftsgemeinschaft. Innerhalb der nächsten 34 Jahren, bis zum Jahre 2025, soll in verschiedenen Etappen nach EG-Vorbild ein einheitlicher, den ganzen Kontinent umfassender Wirtschaftsblock mit gemeinsamer Währung geschaffen werden.

Schon einmal, im Jahre 1980 auf dem OAU-Gipfel in Lagos, wurde ein solcher Plan beschlossen, doch auf dem Weg der Realisierung ist Afrika in den 80er Jahren (dem "verlorenen Jahrzehnt") aus internen und externen Ursachen nicht vorangekommen. Auch heute sind die Vorzeichen für die Realisierung dieses ehrgeizigen Projektes alles andere als positiv:

- trotz der bestehenden regionalen Wirtschaftsverbände in Afrika (wie zum Beispiel der westafrikanischen ECOWAS) ist der innerafrikanische Warenaustausch extrem unterentwickelt geblieben. Vom gesamten Handelsvolumen Afrikas fallen gerade fünf Prozent auf den kontinentalen Binnenhandel. Die Gründe hierfür liegen neben unzureichender Infrastruktur- und mangelnden Verkehrsverbindungen vor allem in der Konkurrenz der Länder untereinander, die auf den Export einer oder weniger Agrarprodukte oder Rohstoffe angewiesen sind.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendete Papiere
mit wertvollen Rohstoffen
aus Recycling-Papier



- die drückende Last der Auslandsverschuldung in Höhe von 273 Milliarden Dollar erreicht mittlerweile die Höhe des gesamten Bruttosozialproduktes des Kontinents. Besonders die ärmsten schwarzafrikanischen Staaten sind betroffen: mit 146 Milliarden Dollar belief sich die Auslandsverschuldung der 45 schwarzafrikanischen Staaten auf rund 120 Prozent ihres Bruttosozialprodukts; gemessen an seiner Wirtschaftskraft ist Schwarzafrika höher verschuldet als die übrigen Regionen der Welt (vgl. hierzu: W. Michler: Weißbuch Afrika, Bonn 1991, S. 425ff.)
- der Zusammenbruch der internationalen Rohstoffpreise hat die wirtschaftliche Situation weiter verschärft; allein im Jahre 1986 verlor Afrika dadurch über 16 Milliarden Dollar an Exporterlösen.
- bedingt durch Zinsbelastungen und Rohstoffpreisverfall war der Netto-Kapitalabfluß aus den Ländern Schwarzafrikas von 1980 bis 1989 mit 183 Milliarden Dollar höher als der gesamte, aus Krediten, Entwicklungshilfe und Investitionen gespeiste Netto-Zufluß in Höhe von 1.238 Milliarden DM im gleichen Zeitraum (nach: W. Michler, s.o., S. 420).

Das bedeutet: im Austausch mit den Industrieländern verliert Afrika letztendlich mehr Ressourcen, als es gewinnt.

Um das bei der OAU-Konferenz erwünschte Ziel einer kontinentalen Wirtschaftsgemeinschaft, die sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbinden, muß neben der Beseitigung interner Entwicklungshemmnisse (Abbau von Korruption und Ineffizienz) vor allem ein Umdenken und ein politisches und ökonomisches Umschwenken in den Industrieländern des Nordens erfolgen:

- Rohstoffpreisverfall und Handelsprotektionismus, vor allem der EG-Agrarprotektionismus, müssen als Entwicklungshemmnisse für die Länder Afrikas erkannt, entsprechende Gegenmaßnahmen müssen eingeleitet werden (Vorschläge hierzu gibt es genug);
- nur ein umfassender Schuldenerlaß kann gewährleisten, daß die afrikanischen Länder zum Beispiel in die Lage versetzt werden, Selbstversorger in der Nahrungsmittelversorgung zu werden, anstatt die schwachen wirtschaftlichen Ressourcen für Schuldendienst und Zinszahlungen zu vergeuden;
- die Strukturanpassungsprogramme von IMF und Weltbank, denen sich viele schwarzafrikanische Staaten mit "sanftem Druck" unterzogen haben, berühren mit dem Schwerpunkt der Inflationsbekämpfung und des Ausgleichs des Haushalts die fundamentalen Grundlagen der afrikanischen Staaten. Dies hat der Repräsentant der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, Herr Prof. Adedeji, erst kürzlich in einem bemerkenswerten Vortrag vor dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit dargelegt. Sie führen für große Teile der Bevölkerung durch die Schließung von Schulen, die Kürzung von Sozialprogrammen, den Abbau von Arbeitsplätzen etc. noch tiefer in die Krise. Hier ist ein Umsteuern im Sinne des alternativen Strukturanpassungsplanes, den die UN-Wirtschaftskommission für Afrika im Jahr 1989 entworfen hat, notwendig. Dieser Plan versucht die notwendigen wirtschaftlichen Reformmaßnahmen in einen "ganzheitlichen" Rahmen gesellschaftlicher und sozialer Entwicklung zu stellen. Er setzt auf die Abkehr von vorrangigen Rohstoffexporten, stattdessen auf die Hinwendung zur Entwicklung der eigenen Landwirtschaft, auf die Entwicklung der Binnen- und Regionalmärkte, auf eine stärkere Berücksichtigung des sozialen Sektors und nicht zuletzt auf eine drastische Reduzierung der Militärausgaben der afrikanischen Staaten.
- die Entwicklungshilfeleistungen des Nordens sind zu erhöhen, damit sie längerfristig überflüssig werden (das heißt zum Beispiel statt Nahrungsmittelhilfe, Hilfe bei den Bemühungen, Selbstversorger in der Nahrungsmittelproduktion zu werden). Aber die politische Realität ist anders: die Mittel für die bilateralen Zusagen für entwicklungspolitische Leistungen an das südliche Afrika sinken; trotz zunehmender Not sinkt die bundesdeutsche Entwicklungshilfe für Schwarzafrika in diesem Jahr um ein Drittel auf etwas über eine Milliarde DM.

Neben dem Vertrag zur afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft hat die Forderung nach internationalen Reparationen zur Wiedergutmachung für Jahrhunderte der Versklavung von Millionen Schwarzen durch

die europäische Kolonialherren für Aufsehen gesorgt. Es ging den versammelten Staatschef und Vertretern der afrikanischen Staaten dabei wohl nicht primär um eine konkrete Geldsumme, sondern um moralischen Druck gegenüber den Industriestaaten des Nordens, um Zugeständnisse in der Schuldenfrage und eine verstärkte Hilfe bei wirtschaftlichen Reformen zu erreichen. Die Forderungen nach Reparationen ist angesichts der Tatsache legitim, daß Afrika jahrhundertlang ausgeplündert wurde und durch Sklavenhandel und Rohstoffausbeutung zur Entwicklung Europas beigetragen hat. Sie sollten meines Erachtens auch von Politikern des Nordens aufgegriffen werden.

Allerdings mit einer kleinen Einschränkung: der nigerianische Literatur- und Nobelpreisträger Wole Soyinka weist zurecht darauf hin, daß auch die afrikanischen Eliten und Diktatoren ihren Völkern gegenüber Wiedergutmachung schulden. Wiedergutmachung heißt hier: Demokratisierung und die Schaffung von gleichberechtigten politischen und wirtschaftlichen Teilhabemöglichkeiten für die Masse der Bevölkerung.

Wirtschafts- und entwicklungspolitisches Umsteuern des Nordens im oben genannten Sinne plus Schaffung von demokratischen Verhältnissen und Wahrung der Menschenrechte im Süden, das sind die Zielvorgaben, an denen sich die Nord-Süd-Politik gerade auch nach dem OAU-Gipfel orientieren muß. Dann haben die Menschen in Schwarzafrika nach einem "verlorenen", Chancen auf ein "gewonnenes" Jahrzehnt.

(-/7. Juni 1991/rs/fr)

Ein Meilenstein für das zusammenwachsende Europa Zur Brückenfunktion des Projekts Euroregion "Neiße"

Von Christian Müller MdB (Zittau)

Stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik des Deutschen Bundestages

Die Initialkonferenz zur Einrichtung einer neuen europäischen Förderzone im Dreiländereck CSFR-Polen-Deutschland ist nunmehr ein Teil der Geschichte. Sie fand vom 23. bis 25. Mai 1991 in Zittau unter der Schirmherrschaft der Staatspräsidenten Havel, Walesa und von Weizsäcker statt, die, entgegen ursprünglich gehegten Hoffnungen, an der Konferenz nicht teilnehmen konnten. Vorbereitung und Organisation lagen in den Händen der örtlichen Kommunalpolitiker. An der Konferenz selbst nahmen die tschechische Parlamentspräsidentin und der Ministerpräsident der CSFR als höchstrangige Politiker teil, während Sachsen leider nur durch die Ministerebene vertreten war.

Mindestens zwei Aspekte dieses Ereignisses sind geeignet, die Bedeutung der Konferenz für die Region zu beschreiben. Zum einen ist die nun absehbare Wiederherstellung einer intensiven, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gleichzusetzen mit der Rückkehr zu dem Geschichte gewordenen Konsens, der an der Neiße über Jahrhunderte bestanden hatte. Die Oberlausitz, an Nordböhmen und Schlesien grenzend, war bereits im Mittelalter eine bedeutende Drehscheibe des Handels. Hier kreuzten sich die Handelsstraßen aus allen Himmelsrichtungen. Die Grenzen waren transparent, und die gesamte Region erlebte Zeiten wirtschaftlicher und kultureller Blüte. Äußeres Zeichen für die damit verbundene politische Macht war der 1432 gegründete Sechsstädtebund zwischen Kamenz, Bautzen, Löbbau, Görlitz, Zittau und Lauban.

Die weitere Entwicklung ist an sich bekannt. Im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges erhielt die Oberlausitz durch die Eingliederung nach Sachsen neue (Zoll-)Grenzen, unter anderem zu Böhmen. Der Wiener Kongreß führte 1815 zu einer Teilung der Oberlausitz in einen sächsischen und einen böhmischen Teil.

Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war durch nur sehr eingeschränkt durchlässige Grenzen gekennzeichnet. Diese Situation, und dies ist der zweite Aspekt, wirkt nach. Der deutsche Osten, nicht weniger jedoch Böhmen und Schlesien, kranken an zusammenbrechenden Wirtschaftsstrukturen und Handelsverbindungen. Die Schwierigkeiten sind schon allein wegen der Währungsproblematik groß.

Andererseits ist es der erklärte Wille der Polen und Tschechen, in jeder Hinsicht vollwertige Europäer zu sein, und unsere Aufgabe im Osten besteht darin, ihnen die Brücke nach Europa zu bauen.

Also kann die Herausbildung dieser Euroregion "Neiße" zu einem Schlüsselergebnis werden, von dem alle Beteiligten in vielfacher, wahrscheinlich sogar grundlegender, Hinsicht profitieren werden.

Im Ergebnis der Konferenz entstanden Memoranden aus sechs Arbeitsgruppen heraus, die die Zielvorstellungen und Problemfelder umschreiben. Diese Gruppen werden weiter arbeiten. Ihre Arbeitsbereiche erstrecken sich von regionaler Wirtschaftsförderung über Kultur und Umweltschutz bis hin zur parlamentarischen Zusammenarbeit. Ich persönlich möchte den Akzent auf die wirtschaftliche Problematik setzen. Neben dem notwendigen rechtlichen Rahmen für die Zusammenarbeit werden Erfolg auf diesem Gebiet die Zukunft des Projekts maßgeblich bestimmen.

Ungeachtet dessen möchte ich allen politisch Verantwortlichen, sei es in Deutschland, Polen, der CSFR und in den Institutionen und Organen der EG dieses Projekt empfehlen. Es könnte ein Meilenstein für das zukünftige gemeinsame Europa werden.

(-/7. Juni 1991/rs/fr)

Koalitions-Streit auf dem Rücken der Hilfsbedürftigen (Teil II) Zu den Auseinandersetzungen über die Pflegeversicherung

Von Hermann Haack MdB

III. Die FDP boykottiert eine Lösung des Pflegeproblems

Zwar hatte die CDU/CSU in den Koalitionsverhandlungen gefordert, daß die neu einzurichtende Pflegeversicherung auch die stationären Pflegekosten zu übernehmen hätte. Außerdem war beabsichtigt, daß pflegende Familienangehörige Rentenanwartschaften erwerben können sollten. Insgesamt hätte sich durch dieses Leistungspaket ein zusätzlicher Finanzbedarf von rund 21 Milliarden DM ergeben, der durch eine neue Pflegeversicherung ab 1994 erwirtschaftet werden sollte.

Diese Vorstellungen wurden und werden allerdings von der FDP entschieden abgelehnt. Jüngster Beweis hierfür ist die Entgegnung des Bundesministeriums für Wirtschaft auf die Blüm'schen Vorschläge einer Pflegeversicherung. In einer Pressemitteilung vom 3. Mai heißt es: "Bundeswirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann hat mit Befremden zur Kenntnis genommen, daß Bundesarbeitsminister Blüm der Öffentlichkeit den Vorentwurf für Regelungen für eine gesetzliche Pflegeversicherung vorgelegt hat. Dieser Vorentwurf ist weder innerhalb der Regierung noch zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt."

Bereits in der Koalitionsvereinbarung wurde festgelegt, daß die Pflegeversicherung verschoben werden soll. Lapidar heißt es in der Vereinbarung zum Punkt "Pflegeabsicherung": "Die Bundesregierung wird bis zum 1.6.1992 dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Absicherung bei Pflegebedürftigkeit vorlegen."

Die FDP wehrt sich gegen eine allgemeine Versicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger - im Einklang mit dem Verband der privaten Krankenversicherung. Gemeinsam wollen sie den Abschluß von privaten Pflegeversicherungen durch steuerliche Anreize fördern. Vor allem der sozialpolitische Sprecher der FDP, Julius Cronenberg, möchte gerne ein sogenanntes "sozialpolitisches Bauherrenmodell". Dieses geht davon aus, daß - ähnlich wie es im Bereich der Vermögensbildung rund 20 Millionen Verträge gibt - sich auch hinsichtlich der Pflegeabsicherung die Zahl der Menschen erhöhen dürften, "die private Vorsorge für den Pflegefall treffen, wenn solche Vorsorgemaßnahmen entsprechend den Vorstellungen der FDP staatlich gefördert und begünstigt werden. Das heißt:

- Einsatz des Vermögensbildungsgesetzes (zusätzlich 312 DM ausschließlich für die Pflegevorsorge),
- Erhöhung der Sonderausgaben ausschließlich für die Pflegevorsorge,

- Bei ausreichender Absicherung Befreiung von der Regreßpflicht nach dem Bundes-sozialhilfegesetz." (FDP-Tagesdienst, 6.4.1991)

Dieses Modell möchte Julius Cronenberg einbringen, um einen Großteil des Geldes auf die Mühlen der privaten Versicherungswirtschaft zu lenken. Dabei ist es mittlerweile Allgemeingut, daß dieses "sozialpolitische Bauherrenmodell" eine steuerpflichtige Einkommenshöhe zur Voraussetzung hat, über die breite Bevölkerungsschichten nicht verfügen. Hier erweist sich die FDP abermals als Steuerpartei, der die fiskalische Betrachtung mehr bedeutet als der Wunsch, den Gedanken des Sozialstaates auf der Basis der Solidarität zu verwirklichen.

Zwar hat die FDP mittlerweile eingelenkt. Sie ist von einem harten Nein zur Pflichtversicherung aller Bürger abgerückt. Doch ihr jüngster Modellvorschlag, orientiert an der Autohaftpflicht-Versicherung, hat nach wie vor das Ziel, die Arbeitgeber unter dem Vorwand zu schonen, die Lohnnebenkosten niedrig zu halten. Jeder Berufstätige ist nach diesem Modell verpflichtet, eine Pflegeversicherung abzuschließen, wenn er eine Arbeit aufnimmt, wobei er die Auswahl zwischen konkurrierenden Privatversicherungen haben soll.

"Auf der Strecke" bleiben bei diesem Modell all diejenigen, die schon heute unmittelbar betroffen sind: die schwer Pflegebedürftigen, pflegende Eltern, Ehepartner, Kinder, Nachbarn, und auch diejenigen, die zu den sogenannte "pflegenahen Jahrgängen" zu zählen sind.

Wenn die privaten Krankenversicherer anbieten, bis zum Aufnahmehöchstalter von 60 Jahren jeden Antragsteller unabhängig von seiner Vorerkrankung aufzunehmen, wie jüngst geschehen, kann dies nur als Hohn für die Betroffenen gewertet werden, denn Risikozuschläge bis zu 50 Prozent sind für die meisten sicherlich nicht zahlbar. Außerdem ist zu befürchten, daß private Versicherungen um jede Mark feilschen werden, um nicht zahlen zu müssen. Die private Versicherung, ob freiwillig oder als Pflichtversicherung, folgt nicht dem Prinzip des solidarischen Ausgleichs, sondern dem Gewinn-Prinzip. Der Zwang, sich privat versichern zu müssen, benachteiligt somit zwangsläufig gerade auch Kranke, Alte und Behinderte in den neuen Bundesländern.

Die Chancen, noch in dieser Legislaturperiode ein Gesamtkonzept zur Lösung des Pflegeproblems zu verabschieden, sinkt mit dem nicht enden wollenden Streit zwischen Blüm und der FDP. Auch die neue Gesundheitsministerin scheint zu wenig Rückgrat zu haben, als daß die Betroffenen hoffen könnten. Vor dem Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages verzichtet sie auf konkrete Vorschläge, unterschiedliche Verantwortlichkeiten und auch hier (...) will ich mich als Bund aus der Verantwortung nicht wegstellen. Die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Pflege für die Kranken in den Krankenhäusern ist so wichtig, daß wir uns alle gemeinsam dieser Aufgabe annehmen müssen."

Die Hauptaufgabe, die eine Pflegeversicherung zu lösen hat, besteht vor allem in der Sicherung der eigentlichen Pflegekosten. Hierzu eine Anhaltszahl, die Hauptgeschäftsführer Dr. med. Eckhart Fiedler vom Verband der Angestellten-Ersatzkrankenkassen, aufgestellt hat:

Ein stationärer Pflegesatz wird in ein paar Jahren monatlich maximal 5.000 DM kosten. Momentan entfallen 1.200 DM auf die "Hotelkosten", also Unterbringung und Verpflegung, die der Gepflegte zu tragen hat. 1.800 DM kosten die reinen Pflegeleistungen, die durch die Versicherung abgedeckt werden, 600 Mark müssen für medizinische Behandlung von der Kasse aufgebracht werden und 500 Mark betragen die Investitionskosten. Der politische Handlungsbedarf für die Notwendigkeit einer Pflegeversicherung ist längst erkannt. Die von der Ministerin Hasselfeldt angekündigten Synopsen, die die unterschiedlichen Vorschläge zum Thema "Pflege" aufbereiten sollen, lösen dieses Jahrhundertproblem sicherlich nicht.

IV. Wie kann der Kompromiß aussehen?

Nachdem die FDP, vertreten durch ihre Sprecher Julius Cronenberg und Dr. Dieter Thomae, in ihrer eigenen Partei mit der Konzeption der ausschließlichen Privatversicherung eingebrochen sind, wird es nunmehr darum gehen, die Konfliktlinie neu zu definieren.

Nach Auffassung der SPD läßt sich eine umfassende Pflegeversicherung - wie auch im Blüm-Modell vorgesehen - nur unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung ansiedeln, allerdings bei getrennter Haus- und Verpflegung, die der Gepflegte zu tragen hat. 1.800 DM kosten die reinen Pflegelei-

stungen, die durch die Versicherung abgedeckt werden, 600 Mark müssen für medizinische Behandlung von der Kasse aufgebracht werden und 500 Mark betragen die Investitionskosten. Der politische Handlungsbedarf für die Notwendigkeit einer Pflegeversicherung ist längst erkannt. Die von der Ministerin Hasselfeldt angekündigten Synopsen, die die unterschiedlichen Vorschläge zum Thema: "Pflege" aufbereiten sollen, lösen dieses Jahrhundertproblem sicherlich nicht.

IV. Wie kann der Kompromiß aussehen?

Nachdem die FDP, vertreten durch ihre Sprecher Julius Cronenberg und Dr. Dieter Thomae, in ihrer eigenen Partei mit der Konzeption der ausschließlichen Privatversicherung eingebrochen sind, wird es nunmehr darum gehen, die Konfliktlinie neu zu definieren.

Nach Auffassung der SPD läßt sich eine umfassende Pflegeversicherung - wie auch im Blüm-Modell vorgesehen - nur unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung ansiedeln, allerdings bei getrennter Haushaltsführung. Ziel ist eine Versicherungspflicht für die gesamte Wohnbevölkerung, einschließlich der Ausländer. Im Gegensatz zu Blüm fordert die SPD allerdings auch die Versicherungspflicht aller Beamten, Selbständigen und Sozialleistungsempfänger. Kernbestandteil des Konzeptes ist der Vorrang der häuslichen vor der stationären Pflege. Der Leistungskatalog umfaßt - je nach Pflegebedürftigkeit ein monatliches Pflegegeld von 500 bis 1.500 DM. Ambulant betreute Schwerpflegebedürftige sollen ein Wahlrecht auf 60 Pflegestunden im Monat durch Pflegepersonal oder ein ergänzendes Pflegegeld bis zu 500 DM monatlich erhalten. Bei der stationären Pflege wird von einer Kostendreiteilung ausgegangen:

- Die Kosten des Lebensunterhaltes, einschließlich eines Mietanteils, tragen die Pflegebedürftigen selbst.
- Die eigentlichen Pflegekosten übernimmt die Pflegeversicherung in voller Höhe als Sachleistung.
- Pflegebedingte Investitionskosten bei stationären Einrichtungen gehen zu Lasten von Ländern und Kommunen.

Nach dem Modell der SPD müßte jeder Bundesbürger 21 DM monatlich für die Pflege bezahlen.

Angesichts der Untätigkeit der Regierungskoalition kommt den Eckwerten der SPD eine besondere Bedeutung zu. Nur ihre Umsetzung ermöglicht es den allein in den alten Bundesländern mehr als zwei Millionen Pflegebedürftigen durch die volle Anwendung des Solidarprinzips ein menschenwürdiges Leben zu führen. Allein 700.000 Menschen bedürfen als Schwer- und Schwerstpflegebedürftige einer intensiven Pflege durch soziale Dienste und Angehörige oder Nachbarn.

Aufgabe der Pflegeversicherung wird sein, nicht nur die Pflege der rund 1,6 Millionen pflegebedürftigen Menschen zu sichern, die zu Hause leben, sondern auch der 400.000, die in Heimen leben. Hinzu kommen zahlreiche Pflegebedürftige in den neuen Bundesländern, für die der gesamte Leistungskatalog nach dem SPD-Modell ohne Abstriche ebenfalls gelten soll.

Daß die Lösung des Pflegeproblems nicht länger aufgeschoben werden darf, läßt sich auch an der gestiegenen Zahl von Sozialhilfeempfängern festmachen: Ende 1989 mußten allein in den alten Bundesländern 2,7 Millionen Menschen vom Sozialamt unterstützt werden. Festzuhalten bleibt, daß fast 80 Prozent der in Heimen untergebrachten Fälle auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Eines zumindest hat die Auseinandersetzung zwischen Blüm und der FDP über die Finanzierung der Pflege der Öffentlichkeit demonstriert: Mit Worthülsen, die der beschworenen "neuen Kultur des Helfens" ist keinem Pflegebedürftigen geholfen. Die Betroffenen - und die, die es eines Tages vielleicht sein werden - sollten den Arbeitsminister beim Wort nehmen.

(-/7. Juni 1991/rs/fr)
